



GESCHÄFTSBERICHT
FÜR DAS JAHR 1971

SAARLÄNDISCHE KREDITBANK

AKTIENGESELLSCHAFT
CRÉDIT SARROIS S.A.
S A A R B R Ü C K E N
Gruppe DEUTSCHE BANK

SAARLÄNDISCHE KREDITBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

GESCHÄFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 1971

Wir trauern um

Herrn Senator Franz Josef Kohl-Weigand
Großkaufmann

der am 15. März 1972 im 72. Lebensjahr verstorben ist.

Er war uns viele Jahre lang in Freundschaft verbunden.
Als Mitglied unseres Aufsichtsrats, dem er seit 1965 angehörte,
hat er uns mit seinem klugen, abgewogenen Urteil, seinen großen
Erfahrungen und seinem unternehmerischen Weitblick
wertvolle Hilfe geleistet.

Wir betrauern den Verlust eines hervorragenden Mannes,
dessen wir stets in dankbarer Verehrung gedenken werden.



Kassenhalle der Hauptstelle
Saarbrücken, Kaiserstraße 29 - 31

Tagesordnung

für die am Montag, dem 5. Juni 1972, 12 Uhr,
in unserem Bankgebäude, Saarbrücken 3, Kaiserstraße 29-31,
stattfindende

ordentliche Hauptversammlung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts
für das Geschäftsjahr 1971 mit dem Bericht des Aufsichtsrats
2.
Beschlüßfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
3.
Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1971
4.
Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1971
5.
Erhöhung des 14 000 000,— DM betragenden Grundkapitals um
6 000 000,— DM auf 20 000 000,— DM durch Ausgabe neuer
Namensaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1972 zum Ausgabekurs von 175%.
Das übernehmende Kreditinstitut ist verpflichtet, den Aktionären die neuen Aktien
im Verhältnis 7:3 zum Kurse von 175% zum Bezug anzubieten

Ermächtigung an den Vorstand, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat
alle weiteren Einzelheiten festzulegen

Anpassung des § 3 Abs. (1) der Satzung
6.
Neuwahl des Aufsichtsrats
7.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1972

Aufsichtsrat

Dr. Wilfried GUTH	Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG, Frankfurt (Main), Vorsitzender
Jean WENGER-VALENTIN	Président d'honneur du Crédit Industriel d'Alsace et de Lorraine, Straßburg, stellv. Vorsitzender
Dr.-Ing. E. h. Luitwin von BOCH-GALHAU	Vorsitzender des Familienrates der Villeroy & Boch Keramische Werke KG, Mettlach (Saar), stellv. Vorsitzender
Ludwig ARETZ	Geschäftsführer der ABC Arnold Becker & Co. GmbH, Saarbrücken (bis 9. Juni 1971)
Franz Josef KOHL-WEIGAND	Großkaufmann, St. Ingbert (Saar) († 15. März 1972)
Dipl.-Ing. Kurt LENHARD	Bauunternehmer, Saarbrücken
Jean MESQUI	Vorsitzender des Vorstandes der Aktien-Gesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen (Saar) (ab 9. Juni 1971)
Jean PICARD	Präsident der Association Technique de l'Importation Charbonnière, Paris
Dr.-Ing. Hubertus ROLSHOVEN	Mitglied des Aufsichtsrats der Saarbergwerke AG, Saarbrücken
Dr. Kurt SCHLUPPKOTTEN	Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, Neunkirchen (Saar)
Jean-Arthur VAROQUAUX	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Halberg Maschinenbau GmbH & Co., Brebach (Saar) (bis 9. Juni 1971)
Jacques ZWINGELSTEIN	Direktor der Pont-à-Mousson S. A., Nancy (ab 9. Juni 1971)
Vertreter der Arbeitnehmer	
Kurt BALTHASAR	Bankbote, Saarbrücken
Helmut BRENNER	Bankangestellter, Bübingen (Saar)
Heinrich DICK	Bankbevollmächtigter, Saarbrücken
Richard ECKSTEIN	Bankbevollmächtigter, Hüttigweiler (Saar)
Alois SCHMEHR	Bankbevollmächtigter, Bübingen (Saar)

Vorstand

Dr. Günter FROWEIN
Karl Heinz HAUMANN
Dr. Jost PRÜM

Hauptstelle Saarbrücken

Erwin NICKLES, Direktor
Helmut KOCH, stellv. Direktor

Abteilungsdirektoren:

Kurt BECKER
Walter HEIN
Friedel KLOS
Heinz KRATZ
Klaus ROCK
Karlheinz WILHELMY

Filialen

BEXBACH: Helmut HÖCHST, Prokurist
DILLINGEN: Arnold STADTFELD, Direktor
HOMBURG: Heinz Rudolf PETRY, stellv. Direktor
LEBACH: Alfred FREYERMUTH, Prokurist
MERZIG: Karl Mörschel, Direktor
NEUNKIRCHEN: Walter HARTMANN, Direktor
SAARLOUIS: Arno REITH, Direktor
ST. INGBERT: Wilhelm BÖHNLEIN, Direktor
VÖLKLINGEN: Hans-Jörg KOCKLER, Prokurist

Geschäftsstellen

SAARBRÜCKEN

Kaiserstraße 29-31 (Hauptstelle)

Brandenburger Platz 18

Eisenbahnstraße 23

Hochstraße 154

Kaiserslauterner Straße 18

Lebacher Straße 84

Mainzer Straße 106

BEXBACH

Hauptstraße 10

DILLINGEN

Hüttenwerkstraße 3

DUDWEILER

Saarbrücker Straße 249

HOMBURG

Eisenbahnstraße 15

Dürerstraße 125

LEBACH

Marktstraße 5

MERZIG

Poststraße 5

NEUNKIRCHEN

Lindenallee

Oberer Markt 19

SAARLOUIS

Großer Markt 3

ST. INGBERT

Kaiserstraße 49

VÖLKLINGEN

Marktstraße 2

Bericht des Vorstandes

Volkswirtschaftliche Entwicklung ...

... in der Bundesrepublik

Die für 1971 erwartete Abschwächung der Konjunktur trat zunächst nicht ein. Entgegen den Prognosen belebte sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den ersten Monaten. Mit den Maßnahmen der Bundesregierung vom Mai 1971, insbesondere der Freigabe des DM-Wechselkurses, zeichnete sich dann aber eine Umkehr der konjunkturellen Entwicklung ab. Es setzte ein Konjunkturabschwung ein, der sich – allerdings in mäßigem Tempo – bis Ende des Jahres fortsetzte. Die De-facto-Aufwertung der Deutschen Mark hatte eine Abnahme der Auslandsnachfrage zur Folge. Die verringerten Exportchancen und ungünstigere Ertragsaussichten im Inlandsgeschäft bewirkten einen merklichen Rückgang der Investitionsneigung. Verstärkt wurde die rückläufige Entwicklung durch zeitweilige Betriebsstillegungen als Folge des Arbeitskampfes in der Metallindustrie von Nordbaden/Nordwürttemberg. Die industrielle Produktion nahm im ganzen Jahr 1971 nur noch um 2% zu, nachdem sie im Vorjahr um 6% gestiegen war. Positiv zu bewerten ist, daß sich die Nachfrage nach Arbeitskräften beruhigte und daß die Auftragsbestände, die im Vorjahr überhöht waren, abnahmen. Sie machten am Jahresende noch 3 Monatsumsätze aus gegenüber fast 4 im Jahr zuvor. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ging von 86,2% Anfang 1971 auf 82,8% Anfang 1972 zurück. Trotz des ruhigen Konjunkturverlaufes stiegen die Löhne und Gehälter weiter an. Die Bruttolohn- und gehaltssumme aller Arbeitnehmer erhöhte sich um 13% (im Vorjahr 18%).

Diese Steigerung übertraf damit auch in 1971 den Produktivitätsfortschritt, der mit 3% anzusetzen ist. Erst gegen Ende des Jahres war eine leichte Beruhigung festzustellen. Diese Entwicklung – Nachlassen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage einerseits und Erhöhung der Kosten, vor allem im Personalbereich, andererseits – brachte einen bedenklichen Rückgang der Ertragskraft der Unternehmen.

Das Sozialprodukt der Bundesrepublik stieg nominell um 11% gegenüber 13% im Jahr zuvor. Das reale Wachstum aber betrug nur 3% (im Vorjahr 5%), was das Ausmaß der Preissteigerungen anzeigt. Die Lebenshaltungskosten stiegen im Laufe des Jahres um 5,8%, die höchste Zuwachsrate seit der Währungsreform. Der Anstieg der Erzeugerpreise der Industrie allerdings ließ seit Mitte des Jahres nach.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter entspannt. Ende 1971 lag die Zahl der offenen Stellen mit 438000 um 164800 niedriger als vor Jahresfrist, die Zahl der Arbeitslosen war dagegen mit 269800 um 94700 höher. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von rund 23 Millionen ergibt sich zum Jahresende eine Arbeitslosenquote von gut 1%, die zwar höher ist als im Jahr zuvor, aber noch wesentlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Industrieländer liegt.

Die Deutsche Bundesbank hatte im Jahre 1971 an zwei Fronten zu kämpfen. Das hohe Zinsniveau zog in starkem Umfange Auslandsgelder an, die, verstärkt durch spekulative Zuflüsse, die Währungsreserven ansteigen ließen und Liquidität brachten. Andererseits aber erlaubte die binnenwirtschaftliche Entwicklung nicht ohne weiteres eine Zinssenkung. Parallel mit der außenwirtschaftlich erforderlichen Senkung des Diskontsatzes in drei Etappen von 6 auf

4 % zur Angleichung des innerdeutschen an das internationale Zinsniveau gingen daher Maßnahmen zur Einengung des Refinanzierungsspielraumes der Banken. Die Rediskontingente wurden gekürzt, die Mindestreserven erhöht. Erst kurz vor Jahresende erfolgte wieder eine Senkung der Mindestreserven.

Der starke Zustrom von Auslandsgeld zwang die Bundesregierung zu währungspolitischen Maßnahmen. Nach vorübergehender Schließung der Devisenbörsen wurde die Bundesbank am 10. Mai 1971 von der Interventionspflicht gegenüber dem US-Dollar befreit. Darüber hinaus wurde die Verzinsung von Geldanlagen des Auslandes bei Banken genehmigungspflichtig. Zu einer Genehmigungspflicht für alle Geldaufnahmen im Ausland konnte man sich allerdings nicht entschließen. Die internationale Währungskrise erreichte ihren Höhepunkt am 15. August, als Präsident Nixon ein Programm zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Inflation und internationaler Spekulation verkündete. Dieses Programm sah im wesentlichen die Aufhebung der Konvertibilität des Dollars in Gold, einen Lohn- und Preisstopp sowie eine 10 %ige Einfuhrsteuer vor. Die Reaktion der einzelnen Länder war unterschiedlich. Erst auf der Weltwährungskonferenz am 17. und 18. Dezember konnte eine Einigung erzielt werden. Neue Wechselkursrelationen wurden festgelegt, so daß die den Welthandel zunehmend belastende Unsicherheit zunächst beseitigt wurde. Das Weltwährungssystem als solches bedarf aber weiterhin der Neuordnung.

In dieser Zeit ergaben sich im Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich Verschiebungen. Durch das Festhalten Frankreichs an der alten Parität gegenüber dem Dollar für den Warenhandel und die Freigabe des Wechselkurses in der Bundesrepublik – dem „Floating“ – ergab sich eine Aufwertung der DM gegenüber dem

Franc in der Spitze um 12,2 %. Erst die Neufestsetzung der Wechselkursrelationen verminderte diesen Aufwertungssatz auf 4,6 %.

... im Saarland

Die konjunkturelle Entspannung hätte sich im Saarland mit Sicherheit stärker ausgewirkt, wenn nicht neu angesiedelte Unternehmen den Gesamtverlauf spürbar beeinflusst hätten. Die für die wirtschaftliche Entwicklung noch immer bedeutende Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie verzeichnete einen Produktionsrückgang um 9 %. Überlagert wurde dieser Trend jedoch von der Produktionszunahme der Investitionsgüterindustrie, deren Produktion um 32 % stieg. Diese Zunahme erreichte zwar nicht ganz den Wert des Vorjahres (34 %), lag aber doch ganz entscheidend über der der Bundesrepublik (—1 %). Für die gesamte Industrie im Saarland ergab sich eine Produktionszunahme von 8 %. Hier zeigen sich die Erfolge der Regionalpolitik der letzten Jahre. Diese Entwicklung wird zunächst noch anhalten. Der Ausbau neuer Produktionsstätten geht zügig voran. Und doch darf nicht übersehen werden, daß noch große Anstrengungen notwendig sind, um die Wirtschaftsstruktur nachhaltig zu verbessern und abzurunden. Die Förderung mittlerer und kleiner Betriebe bleibt für die Zukunft vordringlich, um die Produktion auf eine breitere Basis zu stellen. Auch ist das Problem des Ausgleichs der Standortnachteile für die alteingesessene Industrie nicht gelöst. Die bereits seit Jahren erwartete Entscheidung über den Bau eines Wasserstraßenanschlusses steht noch aus. Die inzwischen vorgelegte Kosten-Nutzen-Analyse für den Saar-Pfalz-Kanal hat die Diskussion um dieses Projekt erneut aufleben lassen.

In den einzelnen Industriegruppen hat sich die Produktion wie folgt entwickelt:

	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem Vorjahr			
	gesamtes Bundesgebiet		Saarland	
	1970	1971	1970	1971
Bergbau	+ 3 %	+ 3 %	- 5 %	+ 3 %
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	+ 5 %	+ 2 %	+ 4 %	- 9 %
Investitionsgüterindustrie	+ 9 %	- 1 %	+ 34 %	+ 32 %
Verbrauchsgüterindustrie	+ 2 %	+ 4 %	+ 2 %	+ 15 %
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	+ 3 %	+ 5 %	0 %	+ 1 %
Gesamte Industrie	+ 6 %	+ 2 %	+ 9 %	+ 8 %

Die wichtigsten Produktionsergebnisse des Bergbaues, der eisenschaffenden Industrie sowie der Energiewirtschaft zeigt die nachfolgende Tabelle:

	PRODUKTION 1971			Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1970		
	Bundes- gebiet	Saar- land	Frank- reich	Bundes- gebiet	Saar- land	Frank- reich
Steinkohle (Mio. t)	111	10,9	33	0 %	+ 2 %	- 11 %
Koks (Mio. t)	38	4,2	13	- 6 %	- 16 %	- 12 %
Gas (Mrd. cbm)	83	2,3		+ 2 %	- 13 %	
Strom (Mrd. kWh)	260	8,8	146	+ 7 %	+ 21 %	+ 6 %
Roheisen (Mio. t)	30	3,9	18	- 11 %	- 15 %	- 5 %
Rohstahl (Mio. t)	40	4,4	23	- 11 %	- 18 %	- 4 %
Walzstahl (Mio. t)	29	2,9	18	- 11 %	- 18 %	- 2 %

Im saarländischen *Bergbau* hat sich die Förderung seit Jahren erstmals wieder erhöht, und zwar um 2 % auf 10,9 Millionen t. Die Haldenbestände waren bis Jahresende abgebaut. Die Belegschaft nahm um 300 auf 26600 Bergleute ab. Die Schichtleistung je Untertagearbeiter stieg um 4 % auf 3792 kg. Während an der Ruhr die bekannten Absatzschwierigkeiten für Kohle eintraten, war dies an der Saar im wesentlichen durch die Lieferungen nach Frankreich auf Grund des Saarvertrages nicht der Fall.

Die *eisenschaffende Industrie* des Saarlandes hatte erheblich unter der allgemeinen Situation am Stahlmarkt zu leiden. Die Produktion ging gegenüber 1970 um 16 %, der Umsatz um 13 % zurück. Gegen Jahresende mußte teilweise Kurzarbeit eingeführt werden.

Der Umsatz der saarländischen Industrie nahm um 9 % auf 9050 Millionen DM zu; im gesamten Bundesgebiet betrug die Steigerung 6 %.

Umsatzentwicklung der saarländischen Industrie

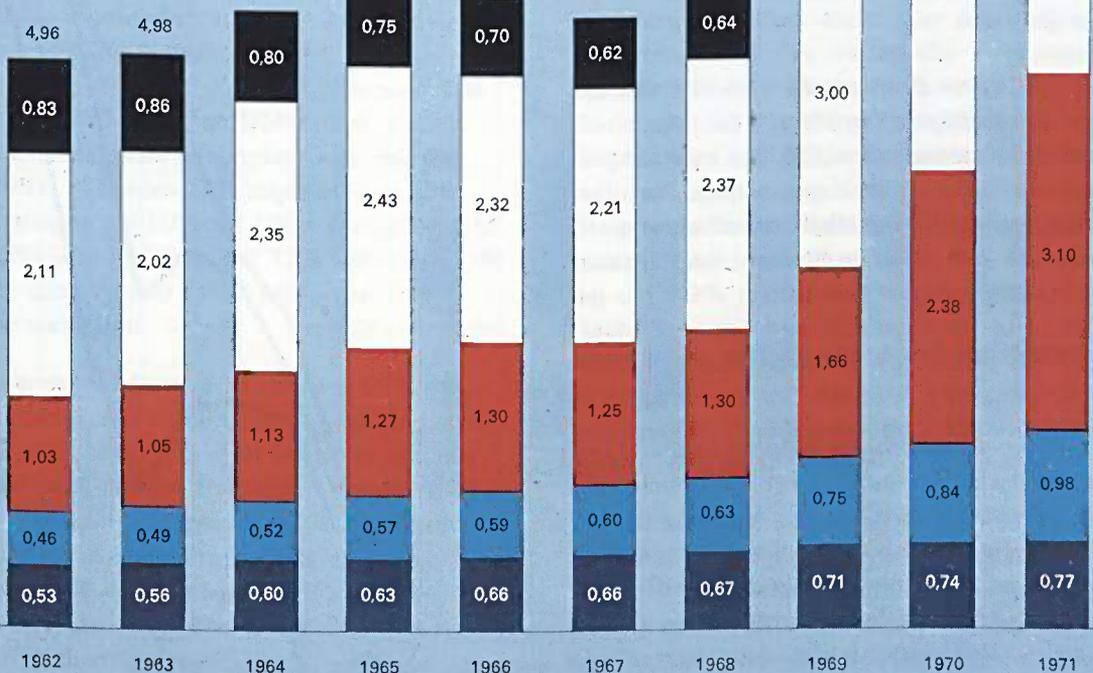
	Umsatz in Mio. DM		Zunahme Abnahme
	1970	1971	
Bergbau	747,5	785,3	+ 5%
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie			
– Industrie der Steine und Erden	118,7	153,2	+ 29%
– Eisenschaffende Industrie	2 553,3	2 230,8	– 13%
– Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	224,3	218,4	– 3%
– Ziehereien und Kaltwalzwerke	203,0	196,1	– 3%
– Chemische Industrie	155,6	177,9	+ 17%
– Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	93,8	106,2	+ 13%
– Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	63,4	84,4	+ 33%
– Sonstige Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	219,4	244,9	+ 12%
Investitionsgüterindustrie			
– Stahlbau	466,8	596,5	+ 28%
– Maschinenbau	566,5	607,7	+ 7%
– Fahrzeugbau	569,7	954,4	+ 68%
– Elektrotechnische Industrie	312,5	458,2	+ 47%
– Stahlverformung	273,9	254,8	– 7%
– EBM-Industrie	193,0	211,0	+ 9%
– Sonstige Investitionsgüterindustrie	2,0	20,1	+ 905%
Verbrauchsgüterindustrie			
– Glasindustrie	37,6	45,7	+ 22%
– Holzverarbeitende Industrie	147,4	238,9	+ 62%
– Textil- und Bekleidungsindustrie	246,8	217,2	– 12%
– Sonstige Verbrauchsgüterindustrie	408,1	481,9	+ 18%
Nahrungs- und Genußmittelindustrie			
– Mühlenindustrie	44,1	42,5	– 4%
– Süßwarenindustrie	121,1	128,5	+ 6%
– Molkereien und Käsereien	74,4	82,3	+ 11%
– Fleischverarbeitende Industrie	205,7	203,1	– 1%
– Brauereien	174,1	192,8	+ 11%
– Sonstige Nahrungs- und Genußmittelindustrie	116,2	117,7	+ 1%
Gesamte Industrie	8 338,9	9 050,5	+ 9%

Umsatz der saarländischen Industrie 1962-1971 (in Milliarden DM)

Mrd.
DM

10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

- Bergbau
- Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien
- Investitionsgüterindustrien
- Verbrauchsgüterindustrien
- Nahrungs- und Genußmittelindustrien



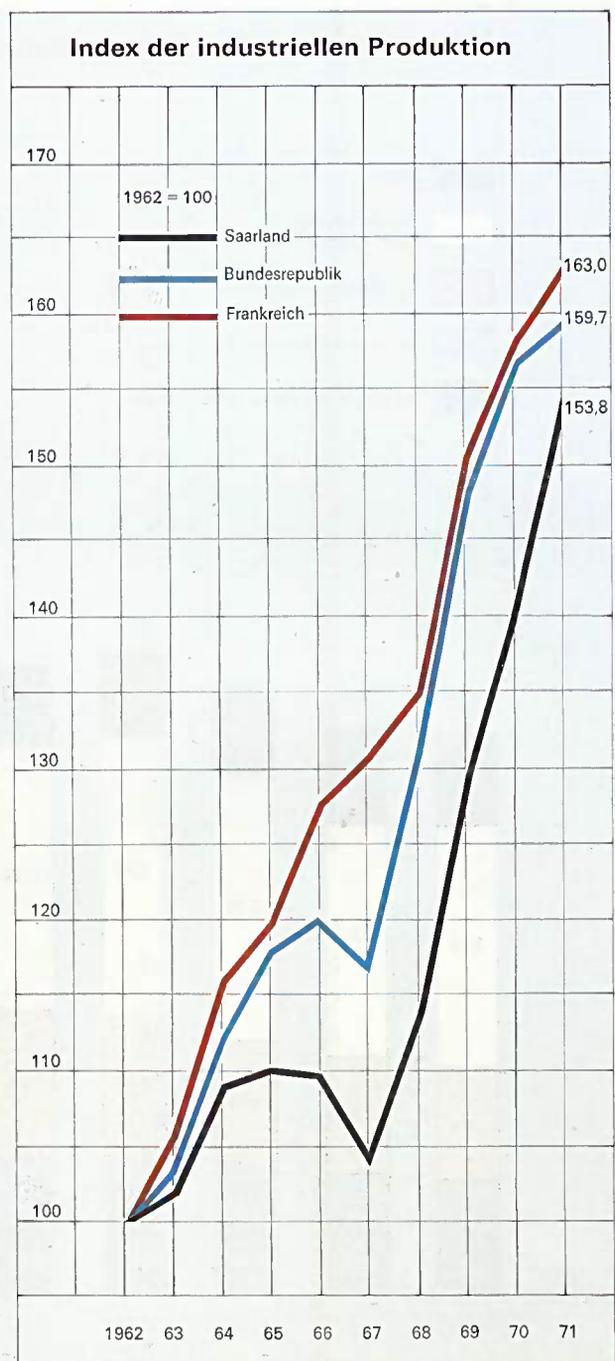
Die Zahl der in der saarländischen Industrie beschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich 1971 um 500 auf 171 900, nachdem in den beiden Vorjahren ein Zuwachs von insgesamt 17 400 zu verzeichnen war. Auch hier zeigen sich die Folgen der Strukturpolitik, doch darf nicht übersehen werden, daß damit erst jetzt wieder der Stand von 1961 erreicht worden ist. Es hat also zehn Jahre gedauert, bis die im Bergbau freigewordenen Arbeitsplätze anderweitig neu geschaffen werden konnten. Die Arbeitslosenquote lag mit 1,5% wiederum leicht über der des Bundesgebietes.

Die Zahl der im Saarland beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer hat sich um rund 6 000 auf etwa 29 000 erhöht. Darunter befinden sich etwa 9 300 Einpendler aus Frankreich, denen rund 1 700 Auspendler gegenüberstehen. Die Entwicklung der Währungsrelation hat das Lohngefälle erneut verstärkt und damit die Arbeitsplätze im Saarland attraktiver gemacht.

In der saarländischen *Bauwirtschaft* erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten um 3%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 6%. Die Lohnaufwendungen haben um 18% zugenommen. Der Umsatz stieg um 21%. Der Auftragsbestand am Jahresende war, vor allem im Straßen- und Erdbau, erheblich niedriger als vor Jahresfrist.

Der Gesamtumsatz des saarländischen *Handwerks* stieg um 11%.

Der Umsatz des *Einzelhandels* stieg im Saarland um 10%, im übrigen Bundesgebiet um 11%. Gleichzeitig nahm der Umsatz des *Großhandels* im gesamten Bundesgebiet um 3% zu. Die realen Zuwachsraten des Handels liegen wegen des gestiegenen Preisniveaus jedoch wesentlich unter diesen Sätzen; beim Großhandel ergibt sich sogar ein Rückgang um 2%.



Die Zusammensetzung der Einlagen von Nichtbanken bei den *Kreditinstituten* und der von diesen an Nichtbanken gewährten Kredite am Jahresende ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich. Zuwachs oder Abnahme seit Ende 1970 sind in Prozenten angegeben.

	Gesamtes Bundesgebiet	Saarland
Sichteinlagen	83,4 Mrd. DM + 14 %	1 178,5 Mio. DM + 13 %
Termingelder	142,8 Mrd. DM + 12 %	1 846,2 Mio. DM + 11 %
Spareinlagen	232,5 Mrd. DM + 13 %	3 369,6 Mio. DM + 13 %
Einlagen insgesamt	458,7 Mrd. DM + 13 %	6 394,3 Mio. DM + 13 %
kurzfristige Kredite	135,1 Mrd. DM + 16 %	1 705,0 Mio. DM + 11 %
mittelfristige Kredite	66,4 Mrd. DM + 22 %	833,7 Mio. DM + 25 %
langfristige Kredite	377,0 Mrd. DM + 12 %	4 666,1 Mio. DM + 11 %
Kredite insgesamt	578,5 Mrd. DM + 14 %	7 204,8 Mio. DM + 13 %

Im *Außenhandel* des Saarlandes nahmen die Ausfuhren um 11 % auf 2985 Millionen DM zu. Die Einfuhren verzeichneten mit einer Zuwachsrate von 16 % einen wesentlich stärkeren Anstieg; sie erreichten damit 2805 Millionen DM. Der Ausfuhrüberschuß ging dadurch von 266 Millionen DM im Vorjahr auf 180 Millionen DM zurück. Im gesamten Bundesgebiet haben die Ausfuhren um 9 % auf 136,0 Milliarden DM zugenommen. Die Einfuhren stiegen um 10 % auf 120,1 Milliarden DM. Der Ausfuhrüberschuß war mit 15,9 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr (15,7 Milliarden DM) nur wenig verändert.

Auf den *Handel mit Frankreich* entfielen 56 % der saarländischen Ausfuhr und 62 % der saarländischen Einfuhr gegenüber 60 % und 61 % im Vorjahr. Die Lieferungen nach Frankreich nahmen nur um 4 % zu. Die Bezüge stiegen dagegen um 18 %. Die Folge davon ist, daß im Handel mit Frankreich ein Einfuhrüberschuß (61 Millionen DM) zu verzeichnen ist, was nach der wirtschaftlichen Rückgliederung im Jahre 1959 nur noch im Jahre 1965 der Fall war.

... und in Frankreich

Die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich verlief in vielen Bereichen expansiver als in den Nachbarländern. Die industrielle Produktion verzeichnete eine Zuwachsrate von 4 %. Tragende Säule war die Konsumgüterindustrie, die den langsameren Anstieg der Investitionsgüterproduktion mehr als ausgleichen konnte. Auf Grund der Steigerung der verfügbaren Einkommen verstärkte sich die Nachfrage der privaten Haushalte und lag um 6,3 % über dem Vorjahresniveau. Die Nachfrage nach Investitionsgütern stieg um 5,5 %. Allerdings wurden damit die Zahlen des VI. Planes nicht ganz erreicht, der eine Erhöhung der industriellen Produktion um 7,5 % und der Investitionsgüterproduktion um 6,6 % vorsah.

Die Einkommen sind spürbar stärker angestiegen als 1970. Die Stundenlöhne erhöhten sich um 11 %. Noch stärker erhöht haben sich die landwirtschaftlichen Einkommen. Gegen Jahresende machte sich eine gewisse Abschwächungstendenz bemerkbar.

Der Außenhandel entwickelte sich positiv. Die Ausfuhr nahm um 15 % zu, die Einfuhr um 11 %. Die bis gegen Jahresende unveränderte Dollarparität erleichterte die Stellung Frankreichs auf dem Weltmarkt. In der zweiten Jahreshälfte aber war eine Fortdauer dieser Entwicklung nicht mehr festzustellen. Die Auslandsbestellungen gingen zurück.

Der Preisauftrieb hat sich im Jahre 1971 wieder etwas beschleunigt. Die Lebenshaltungskosten stiegen um 6 % (nach 5 % im Vorjahr). Die Großhandelspreise der industriellen Erzeugnisse, die sich im Vorjahr nur um 1 % erhöht hatten, nahmen um 4 % zu.

Die Arbeitslosenquote lag am Jahresende bei 2,3 %. Die Zahl der offenen Stellen ging seit Jahresmitte zurück.

Das Jahr 1971 brachte eine Neuorientierung der Kreditpolitik der Banque de France. Bisher deckte die Banque de France den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken durch die Rediskontierung von Wechseln im Rahmen festgelegter Kontingente. An diese Stelle trat im Laufe des Jahres die

Refinanzierung über den Geldmarkt, auf dem die Banque de France interveniert. Täglich werden die Sätze festgelegt, zu denen Offenmarktoperationen vorgenommen werden. Dieses Verfahren, das wesentlich flexibler ist als das bisherige, hat sich bewährt. Die früheren Rediskontkontingente wurden gegen Ende des Jahres abgeschafft.

Auf die internationale Währungskrise reagierte Frankreich mit einer Verschärfung der Devisenbewirtschaftung. Im August entstand der gesplante Devisenmarkt, wobei die bisherige Parität des „Franc étranger“ gegenüber dem Dollar aufrechterhalten blieb. Der „Franc financier“ dagegen wurde freigegeben. Zunächst gelang es, den Zufluß ausländischer Gelder nach Frankreich zu unterbinden. Spekulative Zuflüsse aber zwangen die Regierung, Anfang Dezember neue Beschränkungen einzuführen. Durch das Festhalten Frankreichs an der ursprünglichen Parität gegenüber dem Dollar für Transaktionen im Zusammenhang mit dem Warenverkehr wurde gegenüber einigen Ländern, so auch der Bundesrepublik, ein hoher Abwertungseffekt erzielt. Eine Bereinigung erfolgte erst durch die Währungskonferenz in Washington.

Geschäftsentwicklung unserer Bank

Im Geschäftsjahr 1971 konnte die Bank ihre Geschäftstätigkeit erneut ausweiten. Die Bilanzsumme stieg um 78,3 Millionen DM (14,9%) auf 604,9 Millionen DM. Das Geschäftsvolumen – Bilanzsumme und Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln – erhöhte sich um 43,2 Millionen DM (7,2%) auf 645,7 Millionen DM.

An fremden Geldern flossen der Bank im Jahre 1971 insgesamt 72,4 Millionen DM zu, wovon 39,9 Millionen DM auf Bankengelder entfallen. Diese Position betrifft im wesentlichen Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und der Saarländischen Investitionskreditbank, die der Bank von diesen Instituten zweckgebunden zur Kreditgewährung zur Verfügung gestellt werden. Damit hat sich der Anteil der Bankengelder an den Gesamteinlagen auf 37,3% (im Vorjahr 34,7%) erhöht.

Die Spareinlagen wuchsen um 14,6 Millionen DM (= rund 12%). Von dem Zuwachs entfielen knapp zwei Drittel auf Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist; der Trend zur höherverzinslichen Spareinlage hielt an. Die Summe der Sparguthaben betrug am Bilanzstichtag 136,6 Millionen DM und machte damit 39% der Kundeneinlagen aus.

Der Ende 1970 der Öffentlichkeit vorgestellte Vermögensplan „Erfolgssystem 100“ ist mit seinen vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten inzwischen zu einem wesentlichen Faktor unserer Kundenberatung geworden. Die Anzahl der von unserer Kundschaft seither getätigten Geschäftsabschlüsse hat einen beachtlichen Umfang erreicht.

Das Kreditvolumen erhöhte sich um 11,9% auf 530,3 Millionen DM. Dabei steht einem leichten Rückgang der Wechselkredite um 6,6 Millionen DM

(4,5%) auf 138,7 Millionen DM eine Ausweitung bei den Forderungen an Kunden um 63,6 Millionen DM (19,9%) auf 382,8 Millionen DM gegenüber.

Von den Barkrediten entfallen 52% auf längerfristige Ausleihungen, die zum überwiegenden Teil durch die bereits erwähnten längerfristigen Bankengelder refinanziert sind. In strukturfördernde Maßnahmen des Bundes und des Saarlandes konnten wir uns einschalten und in zahlreichen Fällen unseren Kunden zinsgünstige Investitionskredite aus den verschiedenen Sonderprogrammen vermitteln. Aus bereits zugesagten, aber noch nicht in Anspruch genommenen Krediten können wir in den nächsten beiden Jahren einen weiteren Zuwachs erwarten.

Die Ertragskraft hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Die Diskontsenkungen des Geschäftsjahres 1971 haben sich auf die Zinseinnahmen weitgehend und ohne Verzögerung ausgewirkt, während die Zinsaufwendungen nur im Bereich der befristeten Einlagen zurückgingen, und auch hier nur mit einer größeren zeitlichen Verschiebung.

Die Kreditprogramme des Mengengeschäftes, insbesondere Persönliche Klein-Kredite (PKK), Persönliche Anschaffungs-Darlehen (PAD), Persönliche Hypotheken-Darlehen (PHD), Persönliche Darlehen mit Versicherungsschutz (PDV) und Persönliche Dispositions-Kredite (PDK), haben sich günstig entwickelt. Im Bereich PKK/PAD ist eine Umsatzsteigerung von 12% zu verzeichnen. Das Persönliche Hypotheken-Darlehen (PHD), mit dem eine günstige Anschlußfinanzierung für den Wohnungsbau angeboten wird, fand wiederum besonderes Interesse. Der Debitorenstand PHD erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 48,9%.

Auf dem Gebiet des Außenhandels, insbesondere mit dem französischen Wirtschaftsraum, konnten wir unseren Kunden auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahr gute Dienste leisten. Dabei kam uns die freundschaftliche Verbindung zur DEUTSCHE BANK AG mit ihren weltweiten Beziehungen und zu der Bankengruppe des CRÉDIT INDUSTRIEL ET COMMERCIAL mit ihren über ganz Frankreich und Nordafrika verteilten Niederlassungen zugute. Dank dieser Verbindungen konnten wir unseren Geschäftsfreunden die Abwicklung des Zahlungsverkehrs erleichtern und ihnen die für ihre Außenhandels-geschäfte benötigten Kredite bereitstellen.

Auch 1971 widmeten wir dem Wertpapiergeschäft besondere Aufmerksamkeit. Die Entwicklung der Aktienkurse im Börsenjahr 1971 verlief wechselhaft. Die Kurse stiegen bis Anfang April um durchschnittlich 18,5% an. Die Notierungen hielten sich zunächst unter Schwankungen etwa auf diesem Niveau. Im Herbst gaben sie jedoch stark nach, so daß sie Anfang November noch den Stand von Ende 1970 leicht unterschritten. Dann setzte wieder eine Erholung ein, und das Kursniveau lag Ende 1971 um 11,8% höher als vor Jahresfrist.

Die Ergiebigkeit des Rentenmarktes war 1971 beachtlich.

Der Bruttoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten belief sich auf 30,8 Milliarden DM gegenüber 20,8 Milliarden DM im Vorjahr. Zu Beginn des Jahres herrschte der 7,5%ige Nominalzins vor. Mitte des Jahres erfolgte der Übergang zum 8%igen Zinstyp. Im Oktober erschien der 7,75%ige Zinstyp, und zur Jahreswende 1971/72 konnte der 7,5%ige Nominalzins wieder die Marktführung übernehmen. Die Rendite der in Umlauf befindlichen Rentenwerte, die am Jahresanfang auf 7,9% zurückgegangen war, stieg bis zum Sommer auf 8,5% und fiel dann bis zum Jahresende auf 8,1%.

Die Entwicklung der Pariser Börse verlief enttäuschend, zumal die französische Wirtschaftslage günstiger war als die anderer Länder. Das Kursniveau der französischen Aktien stieg zunächst bis Ende

Januar um 5% an, gab dann aber wieder nach und pendelte längere Zeit in der Nähe des Standes von Ende 1970. Im Herbst bröckelten die Notierungen innerhalb weniger Wochen soweit ab, bis sie Anfang November mit einem Rückgang von 21% ihren Jahrestiefstand erreicht hatten. In der Folge trat eine Erholung ein. Am Jahresende lagen die Kurse um durchschnittlich 11,5% unter dem Stand von Ende 1970.

Die Umsätze unserer Kundschaft in Aktien waren fast doppelt so hoch wie im Vorjahre. Die Umsätze in Rentenwerten lagen um knapp die Hälfte über dem Ergebnis von 1970.

Durch den Einsatz moderner Nachrichtenmittel, wie Stockmaster (einem elektronischen Kursanzeiger-Gerät mit direkter Verbindung zu den wichtigsten Börsen der Welt), Kursfunk und Nachrichtenticker, konnten wir unseren Kunden den Service einer raschen und besseren Information bieten.

Am 1. Juni 1971 haben wir in Homburg-Erbach eine neue Zweigstelle eröffnet. Dieser Teil der Stadt Homburg bietet sowohl im Hinblick auf Industrieansiedlungen als auch auf eine geplante großzügige Erweiterung des Wohngebietes gute Zukunftsaussichten. Etwa um die gleiche Zeit haben wir unsere Zweigstelle Dudweiler von Dudweiler-Süd nach dem Stadtzentrum verlegt, wo wir uns bessere Geschäftsmöglichkeiten versprechen. Insgesamt verfügt unsere Bank zur Zeit neben der Hauptstelle über neun Filialen und neun Zweigstellen.

Der erhebliche Anstieg des Geschäftsumfanges in den beiden letzten Jahren und die erwartete weitere Zunahme im Kreditgeschäft machen eine Verstärkung unserer eigenen Mittel erforderlich. Um eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital zu gewährleisten, schlugen wir der Hauptversammlung eine Erhöhung des 14 Millionen DM betragenden Grundkapitals um 6 Millionen DM auf 20 Millionen DM vor. Die neuen Namensaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1972 sollen zum Kurs von 175% ausgegeben werden.

Personal- und Sozialbericht

Im Berichtsjahr hat sich die Zahl der Mitarbeiter von 482 auf 510 erhöht. Der Anteil der weiblichen Angestellten betrug Ende des vergangenen Jahres 44 %.

Im Laufe des Jahres 1971 konnten 1 Angehöriger der Bank sein 50jähriges, 3 Mitarbeiter ihr 40jähriges und 1 Mitarbeiter sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. 10 Angehörige der Bank traten in den Ruhestand. Am Jahresende betreute die Bank 85 Pensionäre und Witwen ehemaliger Mitarbeiter.

Wie in den Vorjahren wurde der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter besondere Aufmerksamkeit geschenkt. An Mehrtagesseminaren der Deutschen Bank nahmen 1971 106 Mitarbeiter teil, an Tagesseminaren in eigener Regie weitere 133 Mitarbeiter.

Der sozialen Betreuung der Angestellten und Pensionäre galt die besondere Aufmerksamkeit.

Durch Gewährung von Beihilfen verschiedener Art konnte die Bank in vielen Fällen Hilfe leisten.

Die Rückstellung für die zusätzliche Altersversorgung der Angestellten hat die Bank entsprechend den versicherungsmathematischen Erfordernissen durch die Zuführung von rund 511 000 DM aus dem Jahresertrag 1971 auf rund 5,6 Millionen DM erhöht.

Mit dem Betriebsrat und dem Wirtschaftsausschuß wurden laufend geschäfts- und personalpolitische Fragen besprochen.

Zu der zufriedenstellenden Entwicklung der Bank hat der tatkräftige Einsatz der Betriebsangehörigen auch im vergangenen Jahr wesentlich beigetragen.

Für die geleistete Arbeit spricht der Vorstand allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung aus.

Erläuterungen zum Jahresabschluß

BILANZ

Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme der Bank ist im Berichtsjahr um 78,3 Millionen DM = 14,9 % auf 604,9 Millionen DM gestiegen. Das *Geschäftsvolumen* (Bilanzsumme und Indossamentsverbindlichkeiten), das sich am Jahresende auf 645,7 Millionen DM stellte, hat den Vorjahresstand um 43,2 Millionen DM oder 7,2 % überschritten.

Die *Umsätze* auf den Konten der Kundschaft (ohne Banken) erreichten mit einer Zunahme um 563,5 Millionen DM oder 8,7 % mit 7076,2 Millionen DM eine weitere Steigerung.

Liquidität

Am Ende des Berichtsjahres verfügte die Bank über eine *Barreserve* (Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben) von 46,4 Millionen DM. Die baren Mittel deckten mit 8,3 % die Summe der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern, umlaufenden Eigenen Akzepten und Sonstigen Verbindlichkeiten von 561,1 Millionen DM. Die gesamten leicht verwertbaren Bestände (Barreserve, Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere, bundesbankfähige Wechsel, täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute sowie beleihbare Anleihen und Schuldverschreibungen) betragen 33,6 % der gesamten Verbindlichkeiten gegen 33,2 % Ende 1970 (*Gesamtliquidität*). Bei Außerachtlassung der Verbindlichkeiten aus der Aufnahme zweckgebundener Mittel mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren oder länger erhöhen sich die Sätze auf 11,5 % bzw. 46,7 %.

Forderungen an Kreditinstitute

Die *Forderungen an Kreditinstitute* haben von 67,4 Millionen DM auf 38,7 Millionen DM abgenommen. Hiervon entfallen 8,8 Millionen DM auf Kredite an Kreditinstitute, während 29,9 Millionen DM als Guthaben auf Verrechnungskonten unterhalten wurden oder im Geldhandel angelegt waren, davon 25,3 Millionen DM mit täglicher Fälligkeit.

Wertpapiere

Anleihen und Schuldverschreibungen werden mit 35,3 Millionen DM ausgewiesen. Der Bestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,4 Millionen DM erhöht. Von ihm sind 28,0 Millionen DM bei der Deutschen Bundesbank beleihbar.

Andere Wertpapiere sind geringfügig auf 626 000 DM gestiegen. Alle Wertpapierbestände wurden wie bisher nach dem Niederstwertprinzip bilanziert.

Eigene Aktien hatte am Bilanzstichtag weder die Bank noch ein von ihr abhängiges Unternehmen im Bestand.

Kreditvolumen

Das gesamte *Kreditvolumen* der Bank (Wechselkredite, Kredite an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden) ist gegenüber dem 31. Dezember 1970 um 56,3 Millionen DM = 11,9 % auf 530,3 Millionen DM gestiegen.

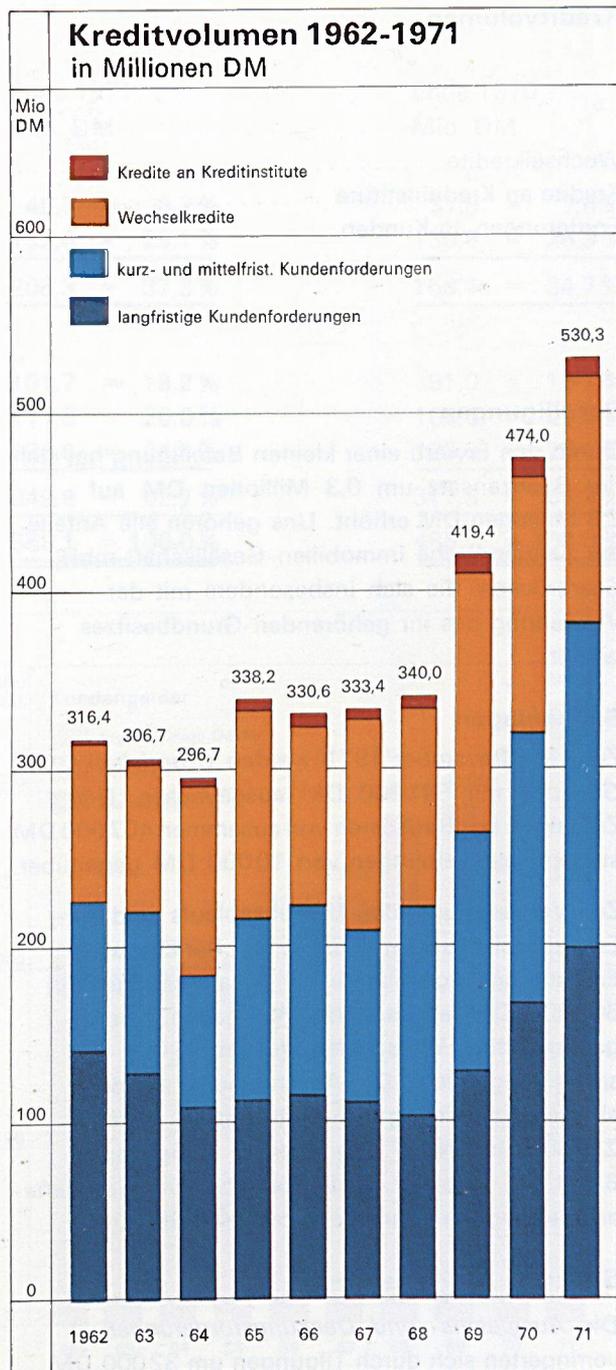
Die *Wechselkredite* ermäßigten sich um 6,6 Millionen DM auf 138,7 Millionen DM. Der Wechselbestand wird mit 93,0 Millionen DM (im Vorjahr 64,9 Millionen DM) ausgewiesen. Hiervon waren 86,4 Millionen DM nach den Bestimmungen der Deutschen Bundesbank ankaufs- oder lombardfähig.

Die Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln beliefen sich auf 40,8 Millionen DM (im Vorjahr 75,9 Millionen DM).

Innerhalb des Kreditvolumens vollzog sich die relativ stärkste Ausweitung bei den *Forderungen an Kunden*, die um 19,9% oder 63,6 Millionen DM auf insgesamt 382,8 Millionen DM stiegen. An der Erhöhung waren die kurz- und mittelfristigen Kredite mit 30,8 Millionen DM auf 184,1 Millionen DM und die langfristigen Forderungen mit 32,8 Millionen DM auf 198,7 Millionen DM beteiligt. 101,1 Millionen DM = 50,9% der langfristig ausgeliehenen Gelder werden innerhalb der nächsten 4 Jahre fällig. Der größte Teil der langfristigen Ausleihungen entfällt auf die Durchleitung zweckgebundener Mittel, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Bundesanstalt für Arbeit und der Saarländischen Investitionskreditbank stammen. Diese Gelder wurden zu den Bedingungen der Geldgeber an die Kundschaft weiter geleitet.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich unsere Sonderkreditprogramme, insbesondere Persönliche Klein-Kredite (PKK), Persönliche AnschaffungsDarlehen (PAD), Persönliche Hypotheken-Darlehen (PHD), Persönliche Darlehen mit Versicherungsschutz (PDV), Persönliche Dispositions-Kredite (PDK) erfreulich entwickelt.

Durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wurden alle feststellbaren Risiken des Kreditgeschäfts berücksichtigt. Die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen für nicht erkennbare Risiken wurden entsprechend der Ausweitung des Kreditvolumens erhöht.



Kreditvolumen

	Ende 1971 Mio. DM	Ende 1970 Mio. DM
Wechselkredite	138,7 = 26,2 %	145,3 = 30,6 %
Kredite an Kreditinstitute	8,8 = 1,6 %	9,5 = 2,0 %
Forderungen an Kunden	382,8 = 72,2 %	319,2 = 67,4 %
	<u>530,3 = 100,0 %</u>	<u>474,0 = 100,0 %</u>

Beteiligungen

Durch den Erwerb einer kleinen Beteiligung hat sich der Bilanzansatz um 0,3 Millionen DM auf 2,3 Millionen DM erhöht. Uns gehören alle Anteile der Saarländische Immobilien-Gesellschaft mbH, Saarbrücken, die sich insbesondere mit der Verwaltung des ihr gehörenden Grundbesitzes befaßt.

Sachanlagen

Zum 31. Dezember 1971 werden *Grundstücke und Gebäude* mit 841 000 DM ausgewiesen. Den Zugängen aus Baukosten von zusammen 407 000 DM stehen Abschreibungen von 10 000 DM gegenüber.

Zur Verbesserung des Betriebsablaufs und für Ersatzbeschaffungen wurden im Berichtsjahr Einrichtungsgegenstände im Gesamtbetrag von 607 000 DM angeschafft. Wir haben hiervon geringwertige Wirtschaftsgüter mit 91 000 DM sofort ausgebucht. Die Abschreibung auf den aktivierungspflichtigen Gesamtbestand betrug 219 000 DM. Nach Abgängen in Höhe von 6 000 DM verbleibt für die *Betriebs- und Geschäftsausstattung* ein Bilanzwert von 1 435 000 DM.

Sonstige Aktivposten

Die *Ausgleichs- und Deckungsforderungen* verringerten sich durch Tilgungen um 32 000 DM.

Unter den *Sonstigen Vermögensgegenständen* werden hauptsächlich Goldbestände und Forderungen gegenüber Finanzämtern ausgewiesen.

Die *Rechnungsabgrenzungsposten* enthalten Ausgaben, die Aufwand des Folgejahres sind.

Fremde Gelder

Die gesamten Fremden Gelder nahmen um 72,4 Millionen DM oder 14,9 % gegenüber dem Jahre 1970 zu.

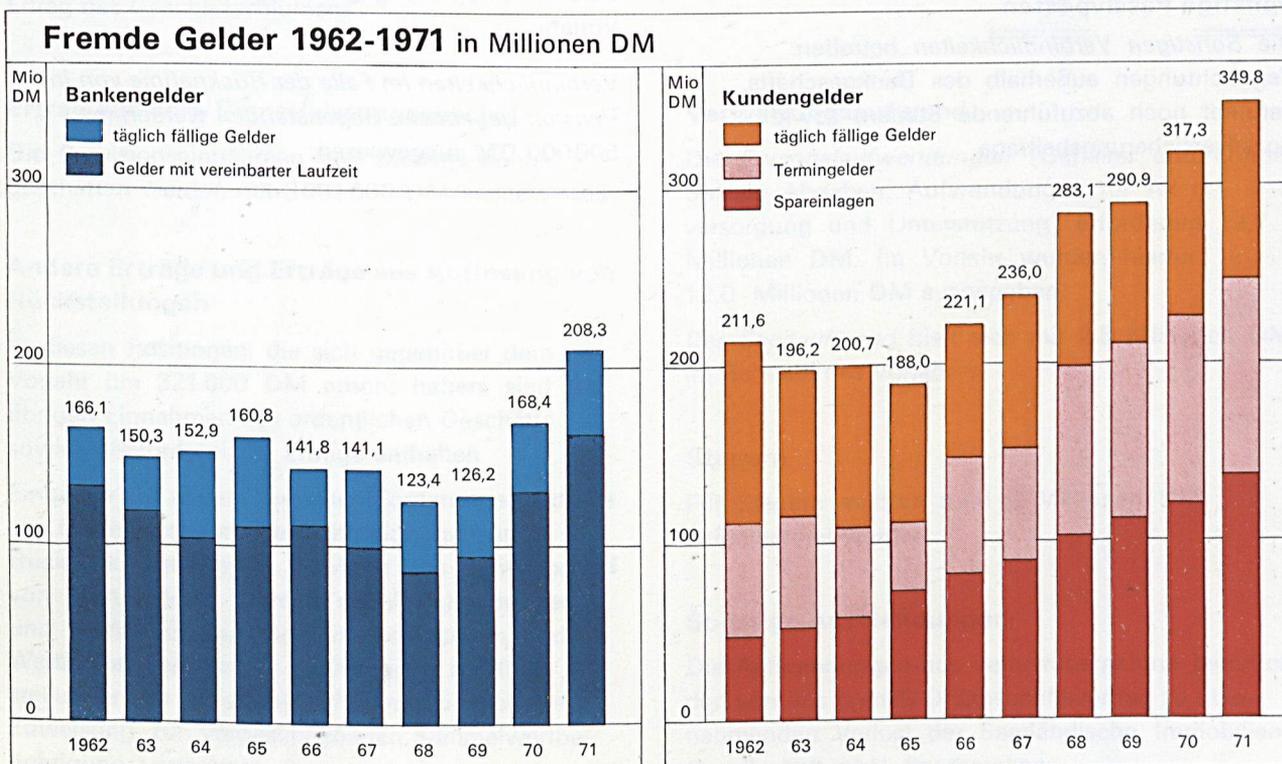
Die *Bankengelder* erhöhten sich vornehmlich durch die befristeten Verbindlichkeiten, die um 32,0 Millionen DM oder 24,5 % anstiegen.

Die Zunahme der *Kundengelder* verteilt sich auf alle Positionen. Den stärksten Anstieg verzeichneten mit 14,6 Millionen DM oder 12,0 % die Spareinlagen, insbesondere die längerfristigen und die prämiengünstigen Spareinlagen. Die täglich fälligen Gelder nahmen um 10,7 Millionen DM oder 11,8 % zu, und die Termingelder erhöhten sich um 7,2 Millionen DM oder 6,9 %.

Das prämiengünstige Wertpapiersparen hat sich weiterhin günstig entwickelt.

Fremde Gelder

	Ende 1971 Mio. DM	Ende 1970 Mio. DM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
täglich fällige Gelder	45,7 = 8,2%	37,8 = 7,8%
Termingelder	<u>162,6 = 29,1%</u>	<u>130,6 = 26,9%</u>
	<u>208,3 = 37,3%</u>	<u>168,4 = 34,7%</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
täglich fällige Gelder	101,7 = 18,2%	91,0 = 18,7%
Termingelder	111,5 = 20,0%	104,3 = 21,5%
Spareinlagen	<u>136,6 = 24,5%</u>	<u>122,0 = 25,1%</u>
	<u>349,8 = 62,7%</u>	<u>317,3 = 65,3%</u>
Fremde Gelder insgesamt	<u><u>558,1 = 100,0%</u></u>	<u><u>485,7 = 100,0%</u></u>



Rückstellungen

Den *Pensionsrückstellungen* wurden im Berichtsjahr 511 000 DM zugeführt. Der Gesamtbetrag von 5,6 Millionen DM entspricht dem versicherungsmathematischen Gegenwartswert der laufenden Pensionsverpflichtungen und der Pensionsanswartschaften.

Die *anderen Rückstellungen* werden mit 4,4 Millionen DM gegenüber 3,6 Millionen DM im Jahre 1970 ausgewiesen. Sie umfassen neben Steuerrückstellungen die Sammelwertberichtigungen für Rückgriffsforderungen aus Indossamentsverbindlichkeiten, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen, die nicht gegen bestimmte Aktivposten aufrechenbar sind, sowie sonstige Risikovorsorgen.

Sonstige Passivposten

Die *Sonstigen Verbindlichkeiten* betreffen Verpflichtungen außerhalb des Bankgeschäfts, darunter noch abzuführende Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die *Rechnungsabgrenzungsposten* enthalten Einnahmen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschluß-Stichtag darstellen.

Eventualverbindlichkeiten

Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 40,8 Millionen DM, das sind 35,1 Millionen DM weniger als Ende 1970. Außerdem waren Abschnitte im Gesamtbetrag von 2,4 Millionen DM zum Einzug unterwegs.

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen betragen am Ende des Berichtsjahres 60,2 Millionen DM gegenüber 66,4 Millionen DM im Vorjahr.

Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen werden mit 500 000 DM ausgewiesen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Ertrag des Geschäftsvolumens

Trotz Ausweitung des Geschäftsvolumens um 7,2% hat der Zinsaufwand stärker zugenommen als die Zinseinnahmen, wie die folgende Tabelle zeigt:

	1971 Mio. DM	1970 Mio. DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	35,1	34,5
Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldbuchforderungen und Beteiligungen	<u>2,4</u>	<u>2,6</u>
	37,5	37,1
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	<u>21,6</u>	<u>19,5</u>
Ertrag des Geschäftsvolumens	<u><u>15,9</u></u>	<u><u>17,6</u></u>

Ertrag aus dem Dienstleistungsgeschäft

Die Provisionseinnahmen aus Dienstleistungsgeschäften werden mit 3091 000 DM ausgewiesen.

Andere Erträge und Erträge aus Auflösung von Rückstellungen

In diesen Positionen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 321 000 DM erhöht haben, sind die übrigen Einnahmen des ordentlichen Geschäfts sowie außerordentliche Erträge enthalten.

Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen, Erträge aus freigewordenen Wertberichtigungen und Rückstellungen sowie Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren wurden mit Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie mit Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft einschließlich der Zuweisung zur vorgeschriebenen Sammelwertberichtigung verrechnet.

Verwaltungsaufwand

Die *Personalaufwendungen* (Gehälter und Löhne, Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung) erforderten 12,7 Millionen DM. Im Vorjahr wurden hierfür 12,0 Millionen DM ausgegeben.

Der *Sachaufwand* hielt sich mit 2,5 Millionen DM im Rahmen des Vorjahres.

Steuern

Für Steuern mußten rund 2 Millionen DM aufgewendet werden.

Sonstige Aufwendungen

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen den von uns gemäß Organschaftsvertrag zu übernehmenden Verlust der Saarländische Immobilien-Gesellschaft mbH, Saarbrücken.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen 327 681,87 DM. An frühere Mitglieder und ihre Hinterbliebenen zahlten wir 99 967,— DM und ein verbundenes Unternehmen 37 284,— DM.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden insgesamt 83 566,17 DM zurückgestellt.

Gewinnverteilungsvorschlag

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt wie folgt:

Erträge	41 844 443,07 DM
Aufwendungen	39 444 443,07 DM
Jahresüberschuß	2 400 000,— DM
Einstellung in Offene Rücklagen	1 000 000,— DM
Bilanzgewinn	<u>1 400 000,— DM</u>

Wir schlagen den Aktionären vor, die Ausschüttung einer

Dividende von 10%

auf das Grundkapital von 14 000 000,— DM zu beschließen.

Grundkapital und Rücklagen

Das *Grundkapital* ist gegenüber 1970 unverändert geblieben. Die *Rücklagen* werden mit 15 Millionen DM ausgewiesen, nachdem wir den anderen Rücklagen 1 Million DM zugeführt haben, die im wesentlichen aus Bewertungsreserven stammen.

Unsere ausgewiesenen eigenen Mittel stellen sich damit auf 29 Millionen DM. An dem Grundkapital ist die Deutsche Bank AG mit 68,2% beteiligt.

Die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu ihr wurden ausnahmslos zu den zwischen Kreditinstituten üblichen Bedingungen abgewickelt.

Der in § 312 des Akt.Ges. 1965 vorgeschriebene Abhängigkeitsbericht ist dem Aufsichtsrat vorgelegt worden. Am Schluß des Abhängigkeitsberichtes

haben wir erklärt: Die Bank hat bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist

dadurch, daß Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.

Saarbrücken, den 14. Februar 1972

DER VORSTAND

Frowein

Haumann

Prüm

Bericht des Aufsichtsrats

In den Aufsichtsratssitzungen des vergangenen Jahres sowie in Einzelbesprechungen haben wir uns über die Lage der Bank sowie über die grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik berichten lassen und darüber mit dem Vorstand beraten. Die konjunkturelle Lage war Gegenstand eingehender Diskussion. Ferner haben wir wichtige geschäftliche Einzelvorgänge erörtert und die auf Grund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Die Prüfung der Kreditengagements oblag dem Kreditausschuß des Aufsichtsrats, der sich in seinen Sitzungen alle größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Kredite vorlegen und erläutern ließ.

Wir haben den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1971, den Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1971 und den Vorschlag zur Gewinnverwendung eingehend mit dem Vorstand erörtert und selbst geprüft. Hierbei ergaben sich keine Beanstandungen.

Der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1971 und der Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1971 sind unter Einbeziehung der Buchführung von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten Rheinische Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Saarbrücken, geprüft und mit den Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden. Wir haben von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Die Rheinische Treuhand-Gesellschaft hat ferner den Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, daß

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Aufsichtsrat hat von dem Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und von dem hierzu erstatteten Prüfungsbericht der Rheinische Treuhand-Gesellschaft zustimmend Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluß des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht zu erheben.

Wir billigen die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1971. Vorstand und Aufsichtsrat haben damit den Jahresabschluß festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns schließen wir uns an.

Saarbrücken, den 8. März 1972

DER AUFSICHTSRAT

Wilfried Guth, Vorsitzender

	DM	DM	31. 12. 1970 in 1000 DM
Kassenbestand		4 332 737,27	4 367
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		41 470 054,11	32 664
Postscheckguthaben		623 362,49	565
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere		2 744 191,40	8 577
Wechsel		93 029 044,14	64 923
darunter:			
a) bundesbankfähig	DM 86 369 350,84		
b) eigene Ziehungen	DM —		
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	25 318 145,40		54 588
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
ba) weniger als drei Monaten	705 761,51		1 216
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	4 550 924,41		3 421
bc) vier Jahren oder länger	8 087 501,87		8 191
		38 662 333,19	67 416
Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren			
aa) des Bundes und der Länder	DM 8 242 458,33		
ab) von Kreditinstituten	DM —		
ac) sonstige	DM —	8 242 458,33	5 322
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 8 242 458,33		
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren			
ba) des Bundes und der Länder	DM 565 170,70		
bb) von Kreditinstituten	DM 18 937 018,27		
bc) sonstige	DM 7 514 919,76	27 017 108,73	18 538
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 19 764 700,85	35 259 567,06	23 860
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind			
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile	619 498,77		581
b) sonstige Wertpapiere	6 541,20		22
darunter:		626 039,97	603
Besitz von mehr als dem 10. Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen	DM —		
Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			
a) weniger als vier Jahren	184 054 029,44		153 277
b) vier Jahren oder länger	198 706 353,95		165 917
darunter:		382 760 383,39	319 194
ba) durch Grundpfandrechte gesichert	DM 4 102 074,37		
bb) Kommunaldarlehen	DM 12 829 646,25		
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand		346 174,14	379
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		124 032,64	127
Beteiligungen		2 343 254,43	2 043
darunter: an Kreditinstituten	DM 1 018 752,43		
Grundstücke und Gebäude		841 058,88	444
Betriebs- und Geschäftsausstattung		1 435 455,—	1 144
Sonstige Vermögensgegenstände		298 254,31	245
Rechnungsabgrenzungsposten		11 337,14	10
		604 907 279,56	526 561
SUMME DER AKTIVEN			
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten			
a) Forderungen an verbundene Unternehmen		39 283 487,09	57 756
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden ..		3 571 918,54	2 340

JAHRESBILANZ zum 31. Dezember 1971

PASSIVA

	DM	DM	DM	31. 12. 1970 in 1000 DM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		45 724 112,19		37 777
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	3 950 000,—			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	3 046 400,—			
bc) vier Jahren oder länger	<u>155 569 009,23</u>	162 565 409,23		130 624
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 68 308 000,—				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		—	208 289 521,42	168 401
Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		101 737 167,60		90 976
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	75 069 279,18			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	35 461 814,77			
bc) vier Jahren oder länger	<u>943 642,13</u>	111 474 736,08		104 294
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 943 642,13				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	58 691 631,78		349 779 106,20	122 059
cb) sonstige	<u>77 875 570,74</u>	<u>136 567 202,52</u>	1 815 860,77	317 329
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			124 032,64	30
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				126
Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		5 638 665,—		5 128
b) andere Rückstellungen		<u>4 430 260,14</u>		3 579
Sonstige Verbindlichkeiten			10 068 925,14	8 707
Rechnungsabgrenzungsposten			1 159 309,53	322
Grundkapital/Stammkapital			3 270 523,86	2 446
Offene Rücklagen			14 000 000,—	14 000
a) gesetzliche Rücklage		6 000 000,—		6 000
b) andere Rücklagen	8 000 000,—			8 000
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	<u>1 000 000,—</u>	<u>9 000 000,—</u>	15 000 000,—	14 000
Ergebniszugewinn			1 400 000,—	1 200
SUMME DER PASSIVEN			<u>604 907 279,56</u>	<u>526 561</u>
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			40 821 263,20	75 917
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			60 177 555,29	66 411
Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind			500 000,—	363
Sparprämien nach dem Sparprämienengesetz			2 117 721,67	2 311
In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der unter der Bilanz vermerkten Verbindlichkeiten) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			58 816 126,89	76 282



Bankgebäude der Zweigstelle Eschberg,
Saarbrücken, Brandenburger Platz 18

Emissions- und sonstige Konsortialgeschäfte sowie Börseneinführungen

Inländische öffentliche Anleihen

8 % Anleihe des Landes Baden-Württemberg von 1971

7½ % und 7¾ % Anleihen der Bundesrepublik Deutschland von 1971

7½ %, 7¾ % und 8 % Anleihen der Deutschen Bundesbahn von 1971

7½ % und 8 % Anleihen der Deutschen Bundespost von 1971

7¾ % und 8 % Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau von 1971

7½ % und 7¾ % Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank

8 % Anleihe des Landes Rheinland-Pfalz von 1971
7½ % Anleihe der Stadt Stuttgart von 1971

Inländische sonstige Anleihen, Pfandbriefe und Kommunalobligationen

Chemische Werke Hüls Aktiengesellschaft

Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft

Hamburgische Elektrizitäts-Werke Aktiengesellschaft

Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft vormals Meister Lucius & Brüning

Hoesch Aktiengesellschaft

Industriekreditbank Aktiengesellschaft

Karstadt Aktiengesellschaft

Kaufhof Aktiengesellschaft

Klößner-Werke Aktiengesellschaft

Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft

Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft

SKF Kugellagerfabriken GmbH

Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-Aktiengesellschaft

August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft

Anleihen ausländischer Emittenten

Continental Oil International Finance Corporation

Courtaulds International Finance N.V.

Dunlop Finance N.V.

Euofima Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Europäische Investitionsbank

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

– Inter-American Development Bank –

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)

I.C.I. International Finance Limited

Stadt Kobe

Stadt Kopenhagen

Stadt Oslo

Saab-Scania Aktiebolag

Republik Südafrika

Transocean Gulf Oil Company

Inländische Aktien

Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft
Bayerische Motoren-Werke Aktiengesellschaft
Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft
Deutsche Babcock & Wilcox Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dyckerhoff Zementwerke Aktiengesellschaft
Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft vormals
Meister Lucius & Brüning
Hoesch Aktiengesellschaft
Philipp Holzmann Aktiengesellschaft
Karstadt Aktiengesellschaft
Klein, Schanzlin & Becker Aktiengesellschaft
Klöckner-Humboldt-Deutz Aktiengesellschaft

Klöckner-Werke Aktiengesellschaft

Mannesmann Aktiengesellschaft

Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft

Schiess Aktiengesellschaft

Siemens Aktiengesellschaft

Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesell-
schaft (VEBA)

Ausländische Aktien

Compagnie Pechiney

FIAT Società per Azioni

N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips'
Gloeilampenfabrieken